

ALEXANDER GALKIN

## Sieben Jahre unter Jelzin. Eine Bilanz

Die Finanzkrise, die Rußland tief erschütterte, hat einen Strich unter die siebenjährige Geschichte des Wirtschaftens radikal-liberaler Kräfte, die im August 1991 zur Macht gelangt waren, gezogen. Damit ging eine Etappe in der Geschichte des postsowjetischen Rußland zu Ende.

Die Einschätzung der Ergebnisse dieser Zeit ergibt sich vor allem aus dem Vergleich der Zustandsparameter des Landes im Moment des Machtantritts der Kräfte, die demokratische Reformen auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Der allgemeine Zustand, in dem sich die Sowjetunion Anfang 1991 befand, könnte so beschrieben werden: Ein mächtiger Organismus war von einer ernsten, aber nicht tödlichen Krankheit erfaßt; das Land besaß ein veraltetes, aber dennoch mächtiges Industriepotential; die außenpolitischen Positionen waren ausreichend stabil, so daß nicht nur die eigenen Interessen vertreten, sondern auch die Rolle eines ernst zu nehmenden Faktors in der internationalen Arena wahrgenommen werden konnten. Die Auslandsverschuldung war hoch, überstieg aber nicht die Grenze, von der an Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Kreditnehmers entstehen; das Verteidigungspotential – über Gebühr aufgebläht und teuer – gewährleistete bei allen Mängeln die Sicherheit des Landes. Mit Blick in die Zukunft fielen besonders die gewaltigen Vorräte an Bodenschätzen, der hohe Qualifikationsstand der Bevölkerung, das bedeutende Wissenschaftspotential ins Gewicht.

Zu den Erscheinungen, die die Gesellschaft ernsthaft gefährdeten, zählten vor allem folgende:

Die zunehmende Differenz der Steuerungsmechanismen zu den Maßstäben, der Struktur und den Erfordernissen der Volkswirtschaft.

Die Unfähigkeit des Systems, die individuellen Interessen und Vorstellungen der Bürger umfassend in das ökonomische System einzubeziehen.

Der dadurch hervorgerufene Niedergang der anfänglich hohen Tempi der ökonomischen Entwicklung und das immer sichtbarer werdende Zurückbleiben der UdSSR hinter den führenden Industrieländern, besonders auf dem Gebiet der postindustriellen Technologien.

Der Rückgang der Investitionen und der Effektivität der Produktion führte zu einem merklichen Zurückbleiben des Massenkonsums, besonders im Vergleich zu den entwickelten Ländern des Westens.

Alexander Galkin – Jg. 1922, Prof. Dr., Mitarbeiter des Instituts für Vergleichende Politologie der Russischen Akademie der Wissenschaften, Mitarbeiter der Gorbatschow-Stiftung.

Im politischen Bereich wuchs der Widerspruch zwischen den paternalistischen Formen der Gesellschaftsführung, die sich nach dem Bürgerkrieg gegenüber einer überwiegend ungebildeten, bäuerlicher Bevölkerung herausgebildet hatte, und den Erwartungen einer gewachsenen, urbanisierten und gebildeten Bevölkerung, die eine kleinliche Bevormundung von oben als äußerst negativ empfand, besonders wenn sie sich in grober und unqualifizierter Form manifestierte.

Das gesellschaftliche Bewußtsein widersetzte sich verstärkt der aufgezwungenen Staatsideologie, die offiziell als Marxismus-Leninismus bezeichnet wurde, in Wirklichkeit aber eine Zusammenstellung schwach miteinander verbundener Postulate darstellte, dazu berufen, eine pragmatische Politik »wissenschaftlich« zu begründen. Die Ablehnung der Staatsideologie wurde zusätzlich durch die fortschreitende Zersetzung der Führungselite stimuliert, deren Lebensstil immer augenscheinlicher den verkündeten Postulaten widersprach, sowie durch die sich eröffnenden Möglichkeiten des Vergleichs der Lebensqualität der großen Mehrheit der Bevölkerung mit den Lebensbedingungen im Ausland.

Es spitzten sich, zunächst latent, dann immer offener, die nationalen Widersprüche zu, befördert durch äußere und innere Widersprüche; einerseits durch das wachsende Selbstbewußtsein nationaler Eliten, die nach einer uneingeschränkten Selbstverwirklichung strebten, andererseits durch die überhebliche Ignoranz gegenüber den nationalen Problemen, die sich in den zentralen Machtorganen verfestigte.

Die Veränderungen, die nach 1985 eingeleitet wurden und die als Perestrojka in die Geschichte des Landes eingegangen sind, hatten zum Ziel, die krankhaften Wucherungen zu beseitigen und damit dem im Land vorhandenen Potenzen den Weg frei zu machen. Die Geschichte stellte dafür nur wenig Zeit zur Verfügung. Für das Durchdenken der Aufgaben, die Auswahl der Kader, die diese Aufgaben hätten lösen können, und den Beginn der praktischen Arbeit zu ihrer Umsetzung standen nur fünf Jahre zur Verfügung. Der Putsch im August 1991 und der darauffolgende radikal-liberale Umbau haben die Perestrojka beendet, sie durch eine neue Politik ersetzt, die anfänglich wie deren Fortsetzung mit radikaleren Methoden aussah, in Wirklichkeit aber etwas völlig Gegensätzliches war.

Dessenungeachtet hatte die Perestrojka, obwohl sie bereits in ihrer ersten Etappe erdrosselt wurde, so wesentliche Ergebnisse hervorgebracht, daß diese während des zerstörerischen Experiments der folgenden sieben Jahre nicht völlig beseitigt werden konnten:

Die Demontage des paternalistischen Systems der Gesellschaftsführung ebnete den Weg zur Entwicklung demokratischer Institutionen. Entgegen einer Vielzahl objektiver und subjektiver Hemmnisse haben sie sich trotz ihrer Unvollkommenheiten und Schwächen in der russischen Gesellschaft behaupten können. Ungeachtet der Umgehungsmanöver verschiedener Gruppen der politischen Elite, hat sich die Wahl der Machtorgane auf allen Stufen des Staates zu einem unabdingbaren Bestandteil des politischen Systems entwickelt.

Gerade in den Jahren der Perestrojka zeigten sich erste Anzeichen einer sich wiederbelebenden Zivilgesellschaft, d.h. eines Systems politischer und gesellschaftlicher Organisationen als Bindeglied zwischen den Individuen und dem politischen System, welches die notwendigen Bedingungen für die Selbstorganisation der Bürger schafft und notwendige Rückkopplungen verwirklicht.

In den Jahren der Perestrojka bildete sich eine Transparenz heraus, die sich praktisch zur uneingeschränkten Freiheit des Wortes entwickelte. In dieser Zeit wurden Gewissensfreiheit, Versammlungsfreiheit und andere Freiheiten wiederhergestellt, ohne die die Existenz eines demokratischen Gesellschaftssystems unmöglich ist.

Die Sowjetunion der Perestrojkazeit unternahm eine Reihe entscheidender Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung, verzichtete auf ihre Spannung verursachende Dominanz in Zentral- und Mitteleuropa, löste eine Vielzahl von Konfliktsituationen und schwächte so die Gefahr einer globalen Kernwaffenkatastrophe ab. In bedeutendem Maße wurden die Barrieren niedergedrückt, die das Land von der übrigen Welt abschirmten. Es begann die schrittweise Einbeziehung der sowjetischen Wirtschaft in das globale ökonomische System. Die Sowjetbürger wurden von einer Vielzahl bürokratischer Hindernisse befreit, die sie bis dato an Auslandsreisen hinderten.

Am kompliziertesten gestalteten sich die Probleme auf ökonomischem Gebiet. Die ersten Versuche, die Entwicklung der Volkswirtschaft durch bevorzugte Investitionen in den Maschinenbau zu stimulieren, zeigten nicht die erwarteten Ergebnisse. Es wurde klar, daß für die Gesundung der Volkswirtschaft grundsätzlichere Veränderungen notwendig sind. Die Versuche in dieser Richtung destabilisierten aber das finanzielle Gleichgewicht, führten zur wachsenden Inflation und zu einem wachsenden Defizit auf den Verbrauchermärkten.

Immer stärker zeigten sich die Probleme in den Beziehungen der Völkerschaften des UdSSR. Es war erforderlich, nach neuen Modellen des föderativen Aufbaus zu suchen, die eine Lösung der nationalen Konflikte sicherstellen und gleichzeitig die bestehende Staatlichkeit aufrechterhalten.

Im Spannungsfeld des Suchens nach neuen Wegen erfolgte im August 1991 der Zusammenbruch mit seinen tragischen Folgen.

Der weitere Verlauf der Ereignisse hing in bedeutendem Maße von der Struktur der neuen Führungselite ab, die die Schalthebel der Macht übernommen hatte. Diese Elite formierte sich aus zwei Bereichen: Zum einen waren es Funktionäre aus dem zweiten und dritten Glied des Partei- und Wirtschaftsapparats, denen sich die Akteure der Schattenwirtschaft anschlossen. Zum anderen wurde sie durch Vertreter der ehemaligen intellektuellen Opposition gestärkt, die im Kampf mit dem früheren System nach oben gespült wurden, auf diesem Weg aber die ideell und moralisch saubersten Mitkämpfer verloren hatten. Diese zwei Teile koexistierten innerhalb der Machtstrukturen, ohne je ineinander aufzugehen. Die Umstände, unter denen sich die neue Führungselite herausbildete, führten zur Wiedergeburt alter gesellschaftlicher und intellektueller Verhaltensmuster. Mehr noch: Der Wegfall einer Vielzahl ideologi-

scher Tabus beförderte die negativen Seiten dieser Verhaltensmuster.

Natürlich gab es unter den Vertretern der neuen Führungselite nicht wenige energische und fähige Leute. Sie prägten aber nicht die Entwicklung. Statt dessen waren zu beobachten: Dominanz korporativer Interessen vor gesellschaftlichen und nationalen, Vorrangstellung des persönlichen- und des Gruppenegoismus, Fehlen professioneller und allgemeiner Kultur, Defizit an Führungspersönlichkeiten und talentierten Politikern, hoher Bürokratisierungsgrad mit allen sich daraus ergebenden Lastern, geringes moralisches Niveau, berechnender Pragmatismus, fehlende nationale Solidarität.

Innerhalb des Landes konnte sich die neue Führungselite auf ein hohes Maß des Vertrauens bedeutender Teile der Bevölkerung stützen, die von den vorangegangenen Zuständen tief enttäuscht waren und Veränderungen wünschten, die das Land auf ein solches Existenzniveau heben, wie es am Beispiel der entwickelten Länder des Westens wahrgenommen wurde. Führende Kreise der meisten westlichen Staaten unterstützten diese Bestrebungen, die unterschiedliche, oft gegensätzliche Interessen verfolgten. Bedeutende Teile der westlichen Öffentlichkeit sahen in den vor sich gehenden Prozessen eine Intensivierung der Bewegung in Richtung der ökonomischen Gesundung und einer weitergehenden Demokratisierung des Regimes in der UdSSR.

Die wesentlichen Postulate der künftigen Politik wurden wie folgt formuliert:

Forcierte Demontage der etatistisch-bürokratischen Leitungsformen der Wirtschaft und unverzügliche Überführung der Volkswirtschaft in die Bahnen der Marktwirtschaft;

Übernahme der radikalsten westlichen Modelle der monetaristischen finanziellen Regulierung;

sofortige Einbeziehung der gesamten Volkswirtschaft des Landes in das Weltwirtschaftssystem.

Formal übernommen und verfassungsmäßig festgeschrieben wurden die während der Perestrojka entstandenen demokratischen Prozeduren. Gleichzeitig wurden sie aber durch autoritäre Strukturen überlagert, was die Möglichkeit schuf, die Traditionen der Nomenklatura-Autokratie, unter Beibehaltung des demokratischen Dekors, wiederzubeleben.

Heute kann man lange und ergebnislos darüber streiten, inwiefern die damals von der neuen Führungselite verkündeten Prinzipien darauf gerichtet waren, positive Veränderungen für die Lebensbedingungen der Bevölkerung und eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft zu erreichen. Doch zweifellos waren ihre praktischen Handlungen in erster Linie auf Zerstörung gerichtet.

Die vertikale Ausrichtung der bestehenden Staatsmacht wurde zerbrochen, in der Folge verstärkten sich separatistische Tendenzen, die zunächst zum Zerfall der Sowjetunion führten – und schließlich zu einer zunehmenden Desintegration des noch existierenden Rußlands. Unter der Losung des Kampfes gegen den Ektismus wurden die noch bestehenden Regulierungshebel der Wirtschaft liquidiert. Verweise auf das unnötig aufgeblähte Wirt-

schaftspotential wurden genutzt, um Rußland umfassend zu de-industrialisieren. Das Außenhandelsmonopol wurde beseitigt, der Innenmarkt uneingeschränkt für ausländische Waren geöffnet und damit in starkem Maße die Mehrheit der einheimischen Warenproduzenten konkurrenzunfähig gemacht.

Die Idee der beschleunigten Bildung einer breiten Mittelschicht als zuverlässige Stütze des neuen Regimes wurde für einen fast unkontrollierten Raub an dem über Generationen geschaffenen Staatseigentum mißbraucht. Das Ergebnis: Eine breite Mittelschicht hat sich nicht herausgebildet, der frühere staatliche Reichtum geriet in die Hände einer kleinen Schicht von Superreichen, die von einer abhängigen und ausgehaltenen Dienerschaft umgeben ist. Der Diebstahl am Staatseigentum und sein Übergang in die Hände von Neureichen erhöhte die Effektivität der Volkswirtschaft keineswegs. Im Gegenteil, diese zeigt eine augenfällige Zerfallstendenz.

Nachdem die neue Führungselite die Vorräte und andere Wertobjekte, die sie von der Sowjetunion geerbt hatte, vergeudet, verschwendet und geraubt hatte, begann sie, ohne die Hauptrichtungen ihrer Politik zu ändern, sich in immer stärkerem Maße im In- und Ausland zu verschulden. Die Größe der Schulden, die innerhalb weniger Jahre gemacht wurden, ist einmalig in der Weltgeschichte.

Offensichtlich war die Finanzkrise des Herbstes 1998 nicht nur das Ergebnis der von außerhalb übernommenen monetaristischen Illusionen, ungeschickter und plumper Handlungen einzelner unqualifizierter Beamter, nicht nur eine Folge der Situation auf den Weltfinanzmärkten und vor allem in Ostasien. Der Zusammenbruch war die logische Folge des Kurses, den die Führungselite in den vergangenen sieben Jahren ihrer Herrschaft verfolgt hat.

Wenn man das Erbe, das diese Elite ihren Nachfolgern hinterläßt, etwas näher betrachtet, ergibt sich ein deprimierendes Bild:

Die Staatskasse ist leer. Die Valutareerven der Staatsbank betragen etwas über 10 Milliarden Dollar, was weit unter dem erforderlichen Minimum liegt.

Die halbzerstörte Industrie, deren Produktionsumfang weit unter 50 Prozent des Jahres 1989 liegt, gewährleistet bei beliebigem Niveau der Besteuerung nicht einmal die Hälfte des Ausgabenteils des Staatshaushalts.

Es verschlechterten sich in hohem Maße die Existenzbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung: Das durchschnittliche Realeinkommen verringerte sich, berücksichtigt man auch die gesellschaftlichen Fonds, auf ca. ein Drittel des Standes von 1989.

Eine charakteristische Besonderheit der russischen Wirklichkeit der letzten Jahre ist die systematische Nichtauszahlung der Gehälter. Seit Ende 1995 nahm sie einen chronischen Charakter an. Im Verlauf der Jahre 1996-98 war mehr als die Hälfte der Berufstätigen mit Verzögerungen bei der Auszahlung ihrer Gehälter konfrontiert. Die Summe der Haushaltsschulden für die Entlohnung von Arbeitern und Angestellten betrug am 1. Januar 1998 4.940 Milliarden Rubel und erreichte Ende März 1999 die Höhe von 7 Trillionen Rubel (in Preisen von 1997).

Die Verbrauchsstruktur veränderte sich in negativer Richtung. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren sank von 70 auf 47 Kilogramm (bei einer Norm von 75 kg), der von Milch und Milchprodukten von 378 auf 233 kg (bei einer Norm von 360 kg), der von Fisch von 27,4 auf 9,4 kg und der von Eiern von 264 auf 207 Stück.

Das gesunkene Lebensniveau geht mit einer krassen sozialen Polarisierung einher. Immer stärker machen sich die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Ihre Zahl betrug 1992 3,6 Millionen (4,8 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung), 1997 6,4 Millionen (8,9 Prozent). Nach der Finanzkatastrophe im September 1998 erhöhte sie sich auf 10 Millionen (14,2 Prozent). Es verlängerten sich die Zeiträume der Arbeitslosigkeit.

Unter den Bedingungen der ökonomischen Krise, der wachsenden Arbeitslosigkeit und den chronischen Verzögerungen bei der Auszahlung von Gehältern sind für viele Familien Renten und Sozialhilfen die einzige Einnahmequelle.

Laut offizieller Angaben bezeichnen als lebenswichtige Einnahmen 24 Prozent der russischen Bürger die Rente, 24 Prozent der Bürger verschiedene Sozialhilfen, 2,8 Prozent das Stipendium und 0,5 Prozent die Arbeitslosenhilfe. Andererseits sinken die Ausgaben für soziale Zwecke. Nach Ansicht von Experten sind sie bereits so gering, daß sie das zulässige Mindestniveau unterschritten haben. Aber sogar diese Zahlungen erfolgen unregelmäßig. Ende 1998 betrugen die Schulden gegenüber den Rentnern 30 Milliarden Rubel.

Aus all dem ergibt sich eine für Rußland beispiellose Armut. 1996 zählten zu den Armen 32 Millionen (21,6 Prozent) Bürger. Ende 1997 hatten 7 bis 10 Millionen Menschen Einkünfte unter dem Existenzminimum, und 31,1 Millionen Menschen (21,05 Prozent) galten als arm. Die Krise im August 1998 hat diese Zahl erheblich vergrößert. Im Oktober 1998 galten nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes bereits 42 Millionen Menschen als arm (28,6 Prozent der Bevölkerung). Eine Reihe von Spezialisten vertritt die Ansicht, daß die vom Staatlichen Statistikamt berechnete Armutsschwelle zu tief angesetzt wird und im Kern nicht die Armutsgrenze, sondern das Niveau des »äußersten Notleidens« zeigt. Experten aus dem Allrussischen Zentrum für die Berechnung des Lebensniveaus zeigen, daß, wenn alle Umstände berücksichtigt werden, zur Kategorie der Armen 58 Prozent der Bürger Rußlands gezählt werden müßten.

Als ein allgemeines Kriterium der Lebensqualität gilt die Lebenserwartung. Seit Mitte der sechziger Jahre begann ihr Niveau zu fallen. 1991 betrug sie im Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung 69 Jahre (64 Jahre für Männer, 74 Jahre für Frauen). 1996 sank sie auf durchschnittlich 66 Jahre (60 Jahre für Männer, 72 Jahre für Frauen). Gegenwärtig erreicht der russische statistische Durchschnittsmann gerade mal das Rentenalter. Die Demographen betonen, daß eine solch rasante Verringerung der Lebenserwartung für Friedenszeiten beispiellos ist. Nach diesem Kriterium der Lebensqualität ist Rußland auf das Niveau schwach entwickelter Staaten Asiens und Afrikas herabgesunken und nimmt gegenwärtig den 135. Platz in der Welt ein.



Die vergangenen sieben Jahre führten zu einem bemerkenswerten moralischen Verfall der russischen Gesellschaft. Nach dem Verlust des kommunistischen Ideals folgte die große Enttäuschung über die Werte der Demokratie, jedenfalls in den Formen, wie sie der Gesellschaft von der herrschenden Elite angeboten wurden. Die beschleunigte Umwandlung des Staatseigentums, die den Charakter primitiven Diebstahls annahm, mußte sich auf die moralischen Grundfesten der Gesellschaft auswirken. Die historisch begründete, zum Teil zynische Einstellung zu fremdem Eigentum als unrechtmäßig erworbenem erhielt unter diesen Bedingungen einen zusätzlichen Impuls. Die Kriminalisierung der Gesellschaft, die sich bereits deutlich in den letzten Jahren der Sowjetmacht abgezeichnet hatte, gewann nunmehr einen allgemeinen Charakter, infizierte alle Schichten der Gesellschaft, von der herrschenden Elite bis zu den untersten sozialen Schichten. Die Kriminalität in ihren äußersten Formen überschritt die Grenzen der Selbsterhaltung des Systems: Nachdem die organisierten kriminellen Vereinigungen einen Großteil der Volkswirtschaft unter ihre Kontrolle gebracht hatten, meldeten sie ihre Ansprüche auf die politische Macht an.

Die ideelle und moralische Desorientierung schuf einen fruchtbaren Nährboden für äußerst reaktionäre nationalistische Ansichten. Diese verfestigten sich noch innerhalb einer relativen Minderheit, verbreiten sich aber ziemlich schnell.

Die ideelle und moralische Desorientierung zeigt sich in der Sehnsucht nach »einer starken Hand«, einer »starken Persönlichkeit«, die in der Lage wäre, die notwendige Ordnung im Land wiederherstellen und den Menschen normale Existenzbedingungen zu garantieren. Diejenigen, die sich eine autoritäre Macht wünschen, tendieren zu Wertvorstellungen, für die folgende Schlüsselbegriffe kennzeichnend sind:

*Sicherheit*, verstanden als Bereitschaft und Fähigkeit der Machtorgane, mit der Kriminalität, die ganz Rußland überschwemmt hat, fertig zu werden, sowie als Schutz der Bürger vor der Willkür des Beamtentums und der informellen bewaffneten Formationen, Beendigung der ethnischen Konflikte.

*Gesetzestreue*, verstanden als eine stabile Ordnung, die eine Fortschreibung und Unantastbarkeit juristischer Entscheidungen gewährleistet, das Eigentumsrecht garantiert und die Korruption, die staatliche Leitungsstrukturen befallen hat, unterbindet.

*Großmachtstolz*, verursacht durch ein Gefühl gekränkter nationaler und staatlicher Würde. Er ist verbunden mit dem Eintreten für einen politischen Kurs, der geeignet wäre, Reintegrationsprozesse auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR zu verwirklichen sowie Versuche zu unterbinden, die Russische Föderation weiter zu zerteilen und die russischen Interessen durch Länder des »nahen und weiten Auslands« zu mißachten. Er zielt auf eine Wiederherstellung der internationalen Autorität.

*Traditionalismus*, verstanden als eine Orientierung an traditionellen Werten – wie der Achtung der Arbeit als der Quelle des Volksvermögens, der Familie als der kleinsten Zelle der Gesellschaft, der fachlichen Qualifikation; wie der Ablehnung des Diebstahls von gesellschaftlichem Eigentum, des Wuchertums, der

Spekulation, der übermäßigen sozialen Ungleichheit; der Unterstützung religiöser Bräuche und Moral – denen heute ihre alte Substanz, verstanden als Beziehungen des patriarchalen Gemeinwesens, fehle.

Auf dem Hintergrund der tiefen Krise implizieren diese Werte das Streben nach einer »harten Hand«, die in der Lage wäre, die aufgestauten Probleme zu lösen. Mit anderen Worten: Es geht um eine autoritäre Herrschaftsform. Damit widersprechen diese Werte den grundsätzlichen Demokratieprinzipien: politischer und ideeller Pluralismus, repräsentative Körperschaften, Verantwortung der Parlamentarier gegenüber den Wählern usw. Bei einem Teil der Bevölkerung werden demokratische Wertvorstellungen aufgeweicht und autoritäre Werte befestigt. Es verfestigt sich die Meinung, Demokratie sei mit einer starken Hand nicht zu vereinbaren, Garant des Rechtsstaates könne nur ein autoritäres Regime sein. Solche Vorstellungen werden sich kaum ändern, solange es nicht gelingt, die Möglichkeit einer effektiven Demokratie in der Tat unter Beweis zu stellen.

Zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Führungselite, an der Spitze Boris Jelzin, waren die Anhänger eines autoritären Regimes an den Händen abzuzählen. Dann wuchs ihre Anzahl schnell an. Im Februar 1996 antworteten auf die Frage »Braucht Rußland gegenwärtig einen autoritären Herrscher?« 53,3 Prozent der Befragten mit Ja; mit »eher Ja als Nein« – 24,6 Prozent; »eher Nein als Ja« – 7,2 Prozent; »Nein« – 4,1 Prozent, unentschieden waren 8 Prozent. 25,3 Prozent aller Befragten waren mit der Behauptung voll einverstanden, in Rußland sei die Demokratie nicht anwendbar. Weitere Umfragen ergaben ähnliche Resultate.

Dessenungeachtet bleibt die Unterstützung demokratischer Ideen in der russischen Gesellschaft bisher immer noch relativ hoch. Im Dezember 1998 beantworteten 56,7 Prozent der Befragten die Frage nach dem bevorzugten Typ des politischen Systems: demokratische Verwaltung, die sich auf freie Wahlen stützt (26,5 Prozent waren für eine Diktatur mit strenger Disziplin in allen Lebensbereichen).

Die Ablehnung demokratischer Werte und folglich die Neigung, autoritäre Kräfte zu unterstützen, verteilt sich territorial ungleichmäßig. Diese Ablehnung ist in der Provinz höher als in der Hauptstadt und in den Großstädten, höher in den Krisenregionen als insgesamt im Lande. Unterschiedlich ist sie auch in verschiedenen Bevölkerungsschichten. Sie ist besonders stark unter dem ingenieurtechnischen Personal und den qualifizierten Arbeitern der Rüstungsindustrie, dem Verwaltungspersonal der mittleren und unteren Ebenen, einem Teil der schöpferischen Intelligenz, den Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane, den Offizieren der Streitkräfte und den Arbeitslosen.

Die Ergebnisse der ökonomischen und sozialen Politik beeinflussten den Vertrauensvorrat, über den das Regime von 1991 anfänglich verfügt hatte. Die ersten Anzeichen des Rückgangs des ursprünglich vorhandenen Vertrauenskapitals wurden 1992 registriert. 1995 zeigten die soziologischen Barometer ein hohes Maß an gesellschaftlichem Unmut an.



In der politologischen Literatur und Publizistik wurde dieser Umstand auf unterschiedliche Weise interpretiert, manchmal von gegensätzlichen Positionen aus, je nach Wertvorstellungen der Autoren. Eine der Erklärungen begründete den hohen Anteil der Bürger, die sich kritisch zu ökonomischen Veränderungen verhalten und die entstandene Lage negativ beurteilen, mit ungenügender Reife eines Teils der Bevölkerung. Ein anderer extremer Standpunkt sah die Unvermeidlichkeit einer baldigen sozialen Explosion.

Mitte der neunziger Jahre erreichte die Unzufriedenheit noch nicht den kritischen Wert. Dessen ungeachtet: Die fehlende Reaktion der Gesellschaft auf die durch die ökonomische und soziale Politik hervorgerufenen wachsenden Schwierigkeiten gaukelte den führenden Kreisen ein falsches Bild vor. Sie wurden in der Auffassung bestärkt, die Masse der Bevölkerung sei bereit, ohne zu murren die an ihr praktizierten Experimente hinzunehmen. Als eine gewisse theoretische Begründung dafür diente die weit verbreitete These von der historisch bedingten besonderen Duldsamkeit des russischen Volkes. So wurden deutliche Kennzeichen ignoriert, die darauf hinwiesen, daß sich das gesellschaftliche Bewußtsein und das darauf aufbauende politische Verhalten der Massen spürbar veränderten.

Mitte 1998 wurde augenscheinlich, daß der politische Kredit, über den das System verfügte, in bedeutendem Maße aufgebraucht war. Das bestätigten Befragungsergebnisse aller soliden soziologischen Zentren. 1997 schätzten 78 Prozent der Befragten die Situation in Rußland als kritisch oder sogar katastrophal ein, 1998 wuchs ihr Anteil auf 90 Prozent. Nach Angaben des »Büros für angewandte soziologische Forschung« erklärten nur 11 Prozent der Befragten ihre Zufriedenheit mit der Gesamtsituation in Rußland, 83 Prozent beurteilten die Situation als nicht zufriedenstellend. Es erhöhte sich der Bevölkerungsanteil, der die Forderung nach einer vorzeitigen Ablösung des Präsidenten unterstützt: Er betrug 1998 56 Prozent, nach anderen Angaben 66 Prozent (Stand 29. August 1998).

Im öffentlichen Bewußtsein gingen auch qualitative Veränderungen vorstatten. Das zeigte die negative Einstellung zum Regime in seiner Gesamtheit. Die von ihm geschaffenen Machtstrukturen wurden als »mit dem Volk nicht verbunden« von 41 Prozent der Befragten charakterisiert, als »kriminell und korrumpiert« von 63 Prozent (der Wert für die Sowjetmacht 13 Prozent), als »inkonsequent« von 32 Prozent (8 Prozent), als »schwach und hilflos« von 30 Prozent (8 Prozent), als »geachtete Autorität« von 2 Prozent (21 Prozent), als »volksverbunden« von 2 Prozent (36 Prozent).

Wird es den z.T. erneuerten Machtstrukturen gelingen, einen neuen Vertrauenskredit zu bekommen? Das scheint schwieriger zu sein, als einen weiteren Kredit vom Internationalen Währungsfonds zu erhalten. Dennoch besteht eine solche Möglichkeit. Dafür könnten die historischen Erfahrungen, die in anderen Ländern bei der Wiederherstellung politischen Vertrauens mit Hilfe demokratischer Institutionen gemacht wurden, genutzt werden. Neues Vertrauen müßte auf der Teilhabe an Dingen aufbauen können, die von den Bürgern als gemeinsames Interesse empfunden werden. Unter

den konkreten Bedingungen des heutigen Rußland bedeutet das: Politisches Vertrauen wird nur gewährt werden, wenn die Mächtigen die Bereitschaft glaubhaft demonstrieren, mit dem bisherigen Kurs konsequent zu brechen und bedeutende Veränderungen in der Politik vorzunehmen. Eine solche Demonstration erfolgt gewöhnlich, soweit man das nach den Erfahrungen anderer Länder beurteilen kann, über institutionelle Veränderungen, die die Möglichkeiten des Einflusses der Gesellschaft auf politische Entscheidungen erweitern, und über eine radikale personelle Erneuerung, in deren Ergebnis Persönlichkeiten mit hoher gesellschaftlicher Autorität staatliche Schlüsselpositionen einnehmen würden.

Eine erstrangige Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den äußeren Verhaltensweisen der Führungsspitze zu. Ihre Lebensweise und ihre Konsumstruktur müßten einen für das gesellschaftliche Bewußtsein wesentlichen Umstand demonstrieren, nämlich, daß sich die Vertreter der obersten Machtetagen nicht als von der Gesellschaft abgehoben fühlen und darstellen, sondern als Beamte tätig sind, denen bestimmte Funktionen übertragen wurden und die vor den Bürgern Verantwortung für die Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten tragen. Es wären konkrete Maßnahmen notwendig, die von der Bevölkerung als Beweis für die Absicht angenommen würden, den Lauf der Dinge in Richtung einer ehrlichen Sorge um das Wohl der Menschen zu lenken. Die Bereitschaft der Machtorgane, der Korruption und der Kriminalität Einhalt zu gebieten, wäre erst dann glaubhaft, wenn die Bevölkerung sähe, daß die Hauptschuldigen wirklich zur Verantwortung gezogen werden, und wenn der Diebstahl am Staatseigentum unabwendbar bestraft werden würde. Die Bevölkerung würde bereit sein, Entbehrungen auf sich zu nehmen, die im Prozeß der Überwindung der schweren wirtschaftlichen Lage unvermeidbar sind, wenn diese möglichst gleichmäßig verteilt würden. Die vorhandenen Ressourcen müßten so genutzt werden, daß das Überleben aller Bevölkerungsgruppen garantiert ist, die unter dem Zerfall der ökonomischen und staatlichen Strukturen besonders gelitten haben.

Bis jetzt ist nicht klar, wie die Politik einer neuen Regierung aussehen wird. Ein neuer Weg ist noch nicht gefunden. Ein einfacher Rückfall ins Alte ist jedoch unmöglich.

Vieles wird vom Ausgang der bevorstehenden Wahlen abhängen.

(ÜBERSETZT AUS DEM RUSSISCHEN VON KARL HARMS)